

Die totale Demütigung des libyschen Staats

Drohender Zerfall: Die Entführung des Ministerpräsidenten Ali Zaidan stellt eine neue Stufe der Eskalation im Kräftemessen zwischen Regierung und Milizen dar. **Von Beat Stauffer**

Sichtlich müde und mit kaputter Brille sei der libysche Ministerpräsident Ali Zaidan am Donnerstagnachmittag in seinen Amtssitz zurückgekehrt, berichtet die Zeitung «Libya Herald». Das Lächeln auf den Lippen dürfte ihn einige Überwindung gekostet haben. Denn die Entführung mitten in der Nacht durch ein schwerbewaffnetes Kommando war eine Demütigung sondergleichen - für den ersten frei gewählten Ministerpräsidenten Libyens, vor allem aber für den libyschen Staat.

Bis heute ist nicht restlos geklärt, wer hinter der Entführung steckt. Eine Gruppe ehemaliger Rebellen, die sich «Kommandozentrale der libyschen Revolutionäre» nennt, hat sich zur Tat bekannt. Sie begründete die Entführung mit Äusserungen des amerikanischen Aussenministers John Kerry, die libysche Regierung sei in die Pläne zur Verhaftung des Kaida-Führers Abu Anas al-Libi durch ein US-Spezialkommando am vergangenen Samstag eingeweiht gewesen. Ali Zaidan machte am Freitagabend in einer mehrstündigen Ansprache am libyschen Fernsehen eine politische Partei für die Entführung verantwortlich. Es handle sich um dieselbe Partei, die ihn seit Monaten blockiere und die vor kurzem versucht habe, ihm im Parlament das Vertrauen zu entziehen. «Das war ein versuchter Staatsstreich», sagte Zaidan.

Mit der nicht näher bezeichneten Partei meint Zaidan wohl die islamistische «Partei für Gerechtigkeit und Aufbau», die den Muslimbrüdern nahesteht. In der Tat liegt es nahe, islamistische Kreise hinter der Entführung zu vermuten. Zaidan fährt aussenpolitisch einen klar prowestlichen Kurs, was diesen Kreisen ein Dorn im

Auge ist. Höchstwahrscheinlich hat er auch vom amerikanischen Angriff auf al-Libi gewusst. Davon ist zumindest Ahmed Shebani überzeugt, der Gründer der Demokratischen Partei Libyens.

Es ist allerdings sehr wohl denkbar, dass die USA dem schwachen Regierungschef Zaidan gar keine andere Wahl gelassen haben, als die Kommandoaktion stillschweigend zu dulden. Aus amerikanischer Sicht ist es sehr beunruhigend, dass sich hochrangige Veteranen des Terrornetzwerks al-Kaida mittlerweile sogar in der libyschen Hauptstadt Tripolis derart sicher fühlen, dass sie sich ohne Personenschutz frei bewegen. Ausserdem bestehen erhebliche Zweifel, ob sich die islamistisch ausgerichteten ehemaligen Kämpfer tatsächlich dem Aufbau eines demokratischen Rechtsstaates verpflichtet fühlen.

Die Unzufriedenheit mit Ministerpräsident Zaidan und seiner Regierung ist allerdings in Libyen weit verbreitet. Auch säkulare Kreise werfen ihm Ineffizienz, Korruption und die Eingliederung ehemaliger hoher Funktionäre des gestürzten Regimes von Muammar al-Ghadhafi in den Staat vor. Den Staatsangestellten werden die Löhne, wenn überhaupt, oft mit sehr grosser Verspätung ausbezahlt, und die Sicherheitslage ist immer noch prekär.

Das Hauptproblem liegt aber in der Schwäche des Staates und der grossen Macht der Rebellengruppen. Weil Libyen die zwangsweise Entwaffnung der ehemaligen Kämpfer nicht durchsetzen konnte und zur Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit auf die Zusammenarbeit mit den Milizen angewiesen ist, hat es auf eine möglichst weitreichende

Eingliederung der ehemaligen Rebellen in die staatlichen Sicherheitskräfte gesetzt. Dies hat auch weitgehend funktioniert. Doch die Loyalität der ehemaligen Revolutionäre dem Staat gegenüber ist zweifelhaft geblieben, und viele Milizchefs verfolgen zudem eigene Ziele. Dabei können die Interessen eines Stammes oder schlicht die eigene Bereicherung im Vordergrund stehen. Eine grosse Anzahl dieser ehemaligen oder noch bestehenden Milizen ist zudem islamistisch oder gar jihadistisch ausgerichtet. Diese Gruppen haben keinerlei Interesse an der Errichtung eines demokratischen Rechtsstaates.

So schlecht die Bilanz der Regierung Zaidan sein mag: Entführungen, Selbstjustiz und Erpressung mit Waffengewalt, wie mehrfach vorgekommen, könnten den noch jungen Staat vollkommen zerstören und das Land ins Chaos stürzen. Vermutlich setzt ein Teil der ehemaligen Milizen auf dieses Szenario. Denn ein fehlender Staat ist für sie die beste Voraussetzung, um kriminelle Geschäfte zu betreiben. Und Jihadisten dürften darin eine Chance sehen, ein grosses Land in unmittelbarer Nähe zu Europa unter ihre Kontrolle zu bringen.